



**VÖL - VEREINIGUNG  
ÖKOLOGISCHER  
LANDBAU IN HESSEN**

Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen  
Gut Fahrenbach 1 37216 Witzenhausen

Sprecher:  
Hans-Jürgen Müller  
Gut Fahrenbach  
37216 Witzenhausen  
Tel 05542/5002885  
Fax 05542/72764  
mobil:01703071065  
e-mail: [info@voel-hessen.de](mailto:info@voel-hessen.de)

**08.05.2015**

## Pressemitteilung

# Herr Minister Schmidt sagen Sie „Nein!“

**Die Vereinigung Ökologischer Landbau Hessen (VÖL) fordert Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auf, den Gesetzestext zur Revision der EU-Ökoverordnung, am 11. Mai klar abzulehnen.**

**Witzenhausen, 8.5.2015.** Am 11. Mai berät der Agrarrat in Brüssel über einen Vorschlag der lettischen Ratspräsidentschaft zur Revision der EU-Ökoverordnung. Trotz langer Verhandlungen gelang es bisher nicht, das geltende Bio-Recht zu sichern, geschweige denn echte Verbesserungen für Biobauern und Verbraucher durchzusetzen. Deshalb fordert die Vereinigung Ökologischer Landbau Hessen Landwirtschaftsminister Schmidt auf, den Gesetzgebungsprozess in Brüssel zu stoppen.

Die EU-Kommission und einige Mitgliedsstaaten wollen mit Vehemenz Regeln einführen, die den ökologischen Landbau in Europa ernsthaft gefährden könnten. Diese sehen unter anderem bio-spezifische Grenzwerte vor, welche das Verursacherprinzip auf den Kopf stellen würden. Mögliche Konsequenz hiervon: Biobauern müssten zum Beispiel für die Folgen von durch Abdrift verursachten Pestizideintrag von konventionell bewirtschafteten Flächen gradestehen, obwohl sie selbst keine Pestizide verwenden!

„Derartige Aussichten verunsichern nicht nur aktive Biobauern, sondern auch solche, die es werden möchten“, erklärt Hans-Jürgen Müller, Sprecher der VÖL und aktiver Biobauer im nordhessischen Witzenhausen. „Und deshalb ist es nicht verwunderlich“ so Müller weiter, „dass das erklärte Ziel, die heimische Bioproduktion auszubauen, nicht so recht in Gang kommen will. Insbesondere der Ökologische Landbau erfordert ein hohes Maß an Investitionen. Diese werden jedoch nur dann getätigt, wenn der Landwirt verlässliche politische Rahmenbedingungen vorfindet und das unternehmerische Risiko „Ökolandbau“ kalkulierbar wird.“

Die Hessischen Ökoanbauverbände fordern daher Bundesminister Schmidt auf, dem vorliegenden Gesetzestext am 11. Mai beim Agrarrat klipp und klar eine Absage zu erteilen. Mit dieser Forderung steht die VÖL nicht alleine da. Denn neben den Bio-Anbauverbänden empfiehlt beispielsweise auch der Normenkontrollrat der Bundesregierung Herrn Minister Schmidt, bei der alten Gesetzgebung zu bleiben, denn nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes würde die Einführung eines Pesticid-Schwellenwertes jährliche Kosten von 86 bis 146 Mio. Euro für die Biobranche verursachen. Und dies alles ohne dass die Verbraucher dadurch zusätzlich geschützt werden.